

Neue Urteile im Mitgliederbereich

22.02.2023

Die teils kommentierten Entscheidungen wurden im Mitgliederbereich eingestellt. Die einzelnen Beiträge können nach Anmeldung auf der Webseite aufgerufen werden.

Europäische Ebene

- EuGH mit weiteren Entscheidungen zum Bereich Arbeitszeit

Bundesgerichte

Bundesverfassungsgericht - BVerfG

- BVerfG zur Grenze zwischen Meinungsfreiheit und Strafbarkeit wegen Beleidigung
- BVerfG entscheidet zum Thema IT-Sicherheitslücken
- BVerfG zur Verpflichtung des Dienstherrn bei Ernennungen Rechtsmittelfristen abzuwarten
- BVerfG zu Beschränkungen in der U-Haft
- BVerfG zu den verfassungsrechtlichen Anforderungen an eine Anordnung nach § 81g StPO (DNA-Identitätsfeststellung)
- BVerfG hebt Entscheidung des VGH BW in Sachen Rechtsschutz bei amtsärztlicher Untersuchung auf
- Verwaltungsgerichte und Verfassungsgerichte befassen sich mit dem Namensschild an der Uniform

Bundesgerichtshof BGH

- BGH zur Abgrenzung von Mittäterschaft und Teilnahme beim Betäubungsmittelhandel
- BGH zur Strafbarkeit von Ransomware
- BGH präzisiert die Grenzen rechtswidriger Tatprovokation durch Verdeckte Ermittler
- BGH zur Definition des „Anderer“ bei der Verbreitung von Kinderpornographie
- BGH zur Frage der Abgrenzung der Täterkreises im Bereich des Missbrauchs von Schutzbefohlenen
- BGH zu Fragen der bandenmäßigen Betrug (Falscher Polizeibeamter)
- BGH zur Einstufung von Hawala-Banking
- BGH mit drei Urteilen zur nicht geringen Menge bei neuen psychoaktiven Stoffen, synthetische Drogen
- BGH zu Erfolgsqualifizierter Versuch beim fehlgeschlagenen Grunddelikt
- BGH zur Amtsanmaßung in Form der Mittäterschaft
- BGH zur Verwertbarkeit von Erkenntnis einer gefahrenabwehrrechtlich zulässigen Durchsuchung im Strafverfahren
- BGH zur Zurückstellung der Benachrichtigung des Betroffenen über verdeckte Maßnahmen
- BGH zur Abgrenzung zwischen Bandendiebstahl und Alleingang von Bandenmitgliedern
- BGH zur E-Mail- und Telekommunikationsüberwachung und der Verantwortung von Over-the-Top-Dienstes

Bundesarbeitsgericht – BAG

- BAG zur außerordentlichen Kündigung wegen sexueller Belästigung
- BAG zur Kündigung bei strafbarem außerdienstlichem Verhalten und Eignungsmangel in der Person des Arbeitnehmers
- BAG zu Wege- und Rüstzeiten eines Wachpolizisten
- BAG zu Rechtsmitteln bei Streitigkeiten in der Stufenzuordnung nach TV-L
- BAG zur Übertragung/Verfall von Urlaubsanspruch im Krankheitsfall

Bundesverwaltungsgericht – BVerwG

- BVerwG zur nicht dienstpostengerechten Verwendung und Erledigung durch Versetzung
- BVerwG zur Wertung von als wünschenswert bezeichneten Kriterien im Auswahlverfahren
- BVerwG zum Thema Konkurrentenstreit und dem Verzicht auf zwingende Eignungskriterien der Stellenausschreibung
- BVerwG zur laufbahnübergreifenden Vergleichsgruppenbildung nach Besoldungsgruppe im höheren Dienst
- BVerwG über die dienstliche Regelbeurteilung, die Funktion der Beauftragten für Chancengleichheit und weitere Fragen
- BVerwG zur Stellenbesetzung und späteren Beförderung
- BVerwG zur Entfernung aus dem Dienst wegen Leugnen der rechtlichen Existenz der Bundesrepublik Deutschland
- BVerwG zur Plausibilisierung der Einzelbewertungen einer dienstlichen Beurteilung
- BVerwG zur Rückforderung von Anwärterbezügen bei vorzeitigem Ausscheiden aus dem Beamtenverhältnis auf Widerruf
- BVerwG zur gerichtlichen Bestätigung einer Disziplinarverfügung bei nur teilweise erwiesenen Pflichtverstößen
- BVerwG zur Entlassung aus dem Beamtenverhältnis auf Probe und der Notwendigkeit einer Beweiserhebung
- BVerwG zur Pflicht Grundsätze dienstlicher Beurteilungen in Gesetzen zu regeln
- BVerwG zum finanziellen Ausgleich für unionsrechtswidrige Zuvielarbeit eines Polizeibeamten
- BVerwG zur Auswahlentscheidung und Rückgriff auf Hilfskriterien
- BVerwG zur Durchbrechung des Grundsatzes der Ämterstabilität wegen Vereitelung effektiven Rechtsschutzes
- BVerwG zur Stellenbesetzung bei Beförderungs- und Versetzungsbewerbern
- BVerwG zum Schadensersatzanspruch bei Verletzung des Bewerbungsverfahrensanspruchs durch den Dienstherrn
- BVerwG zum Leistungsprinzip bei der Beförderungsauswahl und unzulässigen Einschränkungen
- BVerwG zum fortbestehenden Rechtsschutzinteresses auf Änderung der Beurteilung bei bereits erfolgter neuer Beurteilung
- BVerwG zum Zeitpunkt der Berechnung des Unfallruhegehalts
- BVerwG zur Besetzung von Beförderungssämtern
- BVerwG zum Ausschluss eines Bewerbers von einem Auswahlverfahren wegen anhängigem Disziplinarverfahren
- BVerwG zu den Beteiligungsrechten des Personalrats bei Vorstellungs- und Eignungsgesprächen nach LPVG BW
- BVerwG zur Ausschreibungspraxis und der Beteiligung des Personalrats

Bundessozialgericht – BSG

- BSG zum Unfallschutz im Homeoffice
- BSG zum Streitgespräch am Arbeitsplatz als Unfallursache

Bundesfinanzhof – BFH

- BFH zur Versteuerung des Sterbegelds nach beamtenrechtlichen Grundsätzen

Landesebene (Baden-Württemberg)

- LAG BW zu Datenschutz im BEM sowie zum Beweis des Zugangs von Einwurfschreiben
- LAG BW zur politischen Loyalitätspflicht und der verhaltensbedingten Kündigung im Polizeiarbeitsverhältnis
- VGH BW zur Ermittlung des Gesamtergebnisses einer dienstlichen Beurteilung
- VGH BW zu Folgen einer Falschberatung durch das LBV BW
- VGH BW zur Nutzung des Kundenportal des Landes und den Anforderungen an die Schriftform
- VGH BW zu Tätowierungen und der charakterlichen Ungeeignetheit bei Polizeibewerbern
- VGH BW zu den Voraussetzungen für den Abbruch eines Stellenbesetzungsverfahrens
- VGH BW zur Rufbereitschaft im Kriminaldauerdienst (Rufbereitschaft = Arbeitszeit)
- VGH BW zum Vorliegen von sachlichen Gründen für den Abbruch eines Auswahlverfahrens
- VGH BW zur Bewertung einer waffenrechtlichen Unzuverlässigkeit
- VGH BW zur Entfernung aus dem Dienst bei unerlaubten Recherchen in Polizeisystemen
- VGH BW zur Befangenheit eines Amtsträgers im Disziplinarverfahren
- VGH BW zur Einbeziehung des Urteils des Strafgerichts im Disziplinarverfahren
- VGH BW zur vorläufigen Dienstenthebung sowie Fragen des Rechtsschutzes
- OLG Karlsruhe zur Erhebung von Lichtbildern bei der Ausweisbehörde
- VG Stuttgart zum Anspruch eines SEK-Beamten auf erhöhtes Unfallruhegehalt wegen eines qualifizierten Dienstunfalls
- VG Freiburg zur Berücksichtigung von Mutterschutz und Elternzeit im Rahmen einer Beförderung
- VG Freiburg zur Ausschöpfung dienstlicher Beurteilungen anderer Dienstherren bei Auswahlverfahren
- VG Freiburg zum rechtswidrigen Einsatz einer Polizeidrohne bei einer Versammlung unter freiem Himmel
- VG Freiburg zur Verbeamtung in einem höheren Amt als dem Eingangsamt
- VG Karlsruhe zur mangelhaften Unterrichtung und unterbliebener Erstanhörung im Disziplinarverfahren
- VG Karlsruhe zum disziplinarischen Ermittlungsumfang bei Alkoholerkrankung eines Beamten
- AG Reutlingen zur Verwertbarkeit von Bodycam-Aufzeichnungen in einer Wohnung im Strafverfahren

Landesebene (andere Bundesländer)

- LAG Hamburg zur Entlassung eines Polizeidienst-Angestellten wegen Identifikation mit der Reichsbürger-Ideologie
- LAG Schleswig-Holstein zur Erreichbarkeit eines Arbeitnehmers während der Freizeit
- LAG Schleswig-Holstein zur Kündigung bei wiederholter Unpünktlichkeit
- Kammergericht Berlin zur Verwertung von EncroChat-Daten in deutschen Strafverfahren
- OLG Oldenburg zur Bewertung eines Turnschuhs als gefährliches Werkzeug im Sinne § 224 StGB
- OLG Schleswig zur Beweislast des Verletzten bei polizeilichem Schusswaffengebrauch
- VGH Hessen zur Bestenauslese und der Relevanz von dienstlichen Beurteilungen
- OVG NRW mit zwei Entscheidungen zur sexuellen Belästigung am Arbeitsplatz und dienstrechtlichen Konsequenzen
- OVG NRW zu Entlassung eines Polizeianwärters wegen Kontakte in das Rockermilieu
- OVG NRW zum Abbruch eines Auswahlverfahrens bei fehlerhaften konstitutiven Anforderungsmerkmal
- OVG Rheinland-Pfalz zur Aberkennung des Ruhegehalts wegen Vertretens von Reichsbürger-Gedankengut
- VG Aachen zu Zweifel an charakterlicher Eignung eines Polizeibewerbers bei Liken eines Bildes mit homophoben Inhalt
- VG Berlin zur Entlassung eines Polizisten, der THC konsumiert
- VG Berlin zur Entlassung eines Polizeibeamten wegen Posten von den Holocaust verharmlosenden Bildern
- VG Düsseldorf zur Bewertung von Totenkopf-Tätowierungen bei der Einstellung in den Polizeivollzugsdienst
- Verwaltungsgericht Gießen zur Entlassung eines Polizeibeamten wegen Beteiligung an einer Chatgruppe
- VG Hannover zur Entfernung aus dem Dienst wegen Zugehörigkeit zur Reichsbürger- und Querdenkerszene
- VG Neustadt (an der Weinstraße) – Dienstunfallschutz bei Versetzung in den Dienst
- FG Köln zur steuerlichen Absetzbarkeit von Kosten eines Disziplinarverfahrens